

ERHOLUNG DER WELTWIRTSCHAFT, RÜCKGANG DER ARBEITSLOSIGKEIT IN EUROPA

Die Perspektiven der Weltwirtschaft haben sich merklich aufgehellt. Zwar bleibt die Lage in Asien, Rußland und Lateinamerika fragil, in den USA hält das starke Wachstum aber vorerst an, und in Europa ist ein robuster Konjunkturaufschwung in Gang gekommen. Wenn sich die Zugkräfte der Inlandsnachfrage noch stärker entfalten können, ist eine deutliche Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten.

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich nach den Finanz- und Wirtschaftskrisen merklich verbessert. In Asien erholten sich Produktion und Nachfrage getragen von der Dynamik des Exports und der öffentlichen Ausgaben erheblich, die Wachstumsprognosen der OECD und des IMF wurden teils markant nach oben revidiert. Jedoch bleiben – neben den von der Rezession verursachten sozialen Problemen – einige wichtige Gefahrenquellen bestehen: Die Aufwertung des Yen könnte die vorsichtigen Belebungstendenzen in Japan rasch wieder zunichte machen, was negative Auswirkungen auf die gesamte Region hätte. Im Bankensektor Japans und besonders Südostasiens sind tiefgehende Strukturprobleme in Form einer Vielzahl „notleidender Kredite“ ungelöst.

Lateinamerika befindet sich in einer Rezession. Davon sind Brasilien nach starken Abwertungen und Argentinien, das um einen hohen realwirtschaftlichen Preis den fixen Wechselkurs zum Dollar aufrechterhält, gleichermaßen betroffen. In Rußland bleiben die wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven angesichts der vielfältigen institutionellen Probleme ungünstig, allerdings haben die Rubelabwertung von 1998 und der Anstieg der Erdölpreise positive Auswirkungen auf Produktion, Leistungsbilanz und Staatshaushalt. In Ostmitteleuropa ist das Wachstumspotential hoch, der wirtschaftliche Aufholprozeß wird aber immer wieder von restriktiven geld- und budgetpolitischen Maßnahmen zur Bewältigung der hohen Leistungsbilanzdefizite unterbrochen.

In den USA zeigt die Inlandsnachfrage keine Anzeichen einer Abschwächung. Das reale Wirtschaftswachstum erreicht 1999 zum vierten Mal in Folge knapp 4%; die direkte Folge sind ein Rückgang der Arbeitslosigkeit und ein Anstieg der Überschüsse in den öffentlichen Haushalten. In den nächsten Jahren ist allerdings – ausgehend von einer Korrektur der überhöhten Börsenkurse – mit einer

Der Autor dankt Stephan Schulmeister, Ewald Walterskirchen und Andrea Weber für wertvolle Anregungen und Hinweise. Aufbereitung der Daten Martha Steiner. • E-Mail-Adressen: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at, stein@wifo.ac.at

Übersicht 1: Wirtschaftswachstum

	Bruttoinlandsprodukt			
	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real			
OECD insgesamt	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,5
USA	+ 4,3	+ 4,0	+ 3,0	+ 2,0
Japan	- 2,8	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,0
Kanada	+ 3,1	+ 3,8	+ 3,0	+ 2,8
Australien	+ 5,1	+ 4,0	+ 3,0	+ 4,0
Neuseeland	- 0,7	+ 2,8	+ 3,5	+ 3,3
Korea	- 5,8	+ 9,0	+ 6,5	+ 5,8
Mexiko	+ 4,8	+ 3,3	+ 3,3	+ 4,0
Türkei	+ 2,8	- 2,3	+ 4,5	+ 4,0
Schweiz	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,8	+ 2,3
Norwegen	+ 2,1	+ 0,5	+ 3,3	+ 1,8
Island	+ 5,1	+ 6,0	+ 3,0	+ 2,5
Polen	+ 4,8	+ 3,5	+ 5,3	+ 5,8
Ungarn	+ 5,1	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,8
Tschechien	- 2,3	- 0,5	+ 1,5	+ 2,3
EU	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,8	+ 3,0
Euro-Raum	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,8	+ 3,0
Deutschland	+ 2,2	+ 1,3	+ 2,3	+ 2,8
Frankreich	+ 3,2	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,0
Italien	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,0	+ 2,5
Spanien	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,5
Niederlande	+ 3,7	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,5
Belgien	+ 2,9	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,8
Österreich	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,8
Portugal	+ 3,9	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,3
Finnland	+ 5,6	+ 3,8	+ 4,3	+ 4,5
Irland	+ 8,9	+ 8,5	+ 7,5	+ 5,8
Luxemburg	+ 5,0	+ 5,0	+ 4,3	+ 4,0
Großbritannien	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,5	+ 3,0
Schweden	+ 2,6	+ 4,0	+ 3,0	+ 2,8
Dänemark	+ 2,7	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,0
Griechenland	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,8	+ 4,0

Q: EU, OECD, nationale und WIFO-Schätzungen.

Rückführung der sehr niedrigen Sparquote auf ihr langjähriges Durchschnittsniveau zu rechnen, die eine merkliche Abschwächung der Konsumnachfrage bewirken wird.

Nach Überwindung der Asienkrise und unterstützt von der regen Nachfrage aus den USA und der Schwäche des Euro kam in fast allen EU-Ländern ein Konjunkturaufschwung in Gang. Export und Industrieproduktion gewannen an Dynamik. Deutschland und Italien bilden die Konjunkturnachzügler, die Wirtschaftspolitik bremst die Erholung der Nachfrage erheblich. Die jüngste Zinserhöhung der EZB überrascht angesichts der frühen Phase des Konjunkturaufschwungs und der anhaltenden Preisstabilität; vor allem in Deutschland harmonisiert sie nicht mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Hingegen expandiert die Inlandsnachfrage in Frankreich, Spanien und den meisten kleineren EU-Staaten bereits kräftig. Das Wirtschaftswachstum wird sich in der EU von real 2% 1999 auf etwa 3% in den beiden Folgejahren beschleunigen. Vor allem eine stärkere Ausweitung der Konsum- und Investitionsnachfrage zieht eine Beschleunigung des Beschäftigungswachstums nach sich. Zusammen mit zusätzlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung der „Leitlinien der europäischen Beschäftigungspolitik“ bewirkt dies einen merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslo-

senquote könnte in der EU im Jahr 2001 auf 8½% sinken.

ERHOLUNG IN ASIEN NOCH MIT RISKEN VERBUNDEN

In Südostasien hat nach dem tiefen Einbruch von Nachfrage und Produktion im Jahr 1998 eine Konjunkturerholung eingesetzt. Sie kam rascher voran als von den internationalen Beobachtern erwartet. In der Mehrzahl der Länder nahm das BIP im abgelaufenen Jahr bereits wieder zu, und für die Jahre 2000 und 2001 wird eine weitere Beschleunigung des Wachstums erwartet. Die markanten Abwertungen verbesserten die Wettbewerbsposition der Produzenten auf den Weltmärkten und lösten eine starke Exportdynamik aus. Zudem gehen von der Erholung der Weltmarktpreise wichtiger Produktgruppen – etwa im Bereich elektronischer Güter – positive Impulse aus. Langsam beginnt sich auch die Inlandsnachfrage und mit ihr das Importwachstum zu beleben.

Für die weitere Entwicklung in Südostasien spielt die Konjunktur in zwei großen Volkswirtschaften der Region – Japan und China – eine entscheidende Rolle. In Japan brachte das 1. Halbjahr 1999 eine kräftige Belebung. Diese geht nach wie vor überwiegend auf die rege öffentliche Investitionstätigkeit zurück. Langsam mehren sich aber nun die Anzeichen einer Erholung des Konsumentenvertrauens. Geld- und Fiskalpolitik sind weiterhin expansiv ausgerichtet. Dennoch kam bislang kein selbsttragender Konjunkturaufschwung in Gang. China spielte in den letzten zwei Jahren eine wichtige Rolle als Faktor der regionalen Stabilisierung und hat die Asienkrise erfolgreich bewältigt. Das Fehlen eines liberalisierten Kapitalverkehrs und die Bereitschaft zu expansiver Fiskalpolitik bildeten dafür entscheidende Voraussetzungen. Dennoch wurde auch in China das Wachstum auf etwa 6% pro Jahr gedämpft.

Die Erholung aus der tiefen Krise hat in Asien begonnen. Dennoch ist heute eine rasche Rückkehr zu den hohen Wachstumsraten der achtziger Jahre nicht absehbar. Zu groß bleiben die Konjunkturrisiken. Für den Konjunkturaufschwung in Japan bildet die Aufwertung des Yen, die vor dem Sommer eingesetzt hat, die größte Gefahr; der Bankenbereich ist noch nicht vollständig saniert. Die expansive Fiskalpolitik trug dazu bei, die Konjunktur zu stabilisieren; allerdings sind die öffentlichen Defizite markant gestiegen, und die Politik wird auf einen restriktiven Kurs umschwenken müssen, sobald die Konjunktur sich dauerhaft belebt. In den Krisenländern Südasiens ist – neben der Bewältigung der „neuen Armut“, die auch große Teile der Mittelschichten erfaßt hat – der Finanzsektor das zentrale Problem. Trotz umfangreicher Umschuldungsmaßnahmen und zahlreicher Betriebschließungen besteht weiterhin eine große Zahl „notleidender Kredite“.

Übersicht 2: Wirtschaftskrise in Asien und Lateinamerika

	Bruttoinlandsprodukt			
	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real			
<i>Asien</i>				
China	+ 7,8	+ 7,1	+ 6,8	+ 6,5
Hongkong	- 5,1	± 0,0	+ 4,0	+ 6,0
Indonesien	-13,2	- 0,5	+ 2,5	+ 6,0
Korea	- 5,8	+ 9,0	+ 6,5	+ 5,8
Malaysia	- 7,5	+ 4,5	+ 5,5	+ 6,5
Philippinen	- 0,5	+ 3,2	+ 4,5	+ 4,3
Thailand	-10,0	+ 3,8	+ 5,0	+ 7,0
<i>Lateinamerika</i>				
Argentinien	+ 3,9	- 4,0	+ 2,5	+ 3,5
Brasilien	- 0,1	- 1,0	+ 3,0	+ 3,8
Chile	+ 3,4	- 0,4	+ 5,5	
Uruguay	+ 4,5	- 2,0	+ 2,5	
Venezuela	- 0,7	- 7,6	+ 1,6	

Q: IMF, OECD.

LATEINAMERIKA IN DER REZSSION

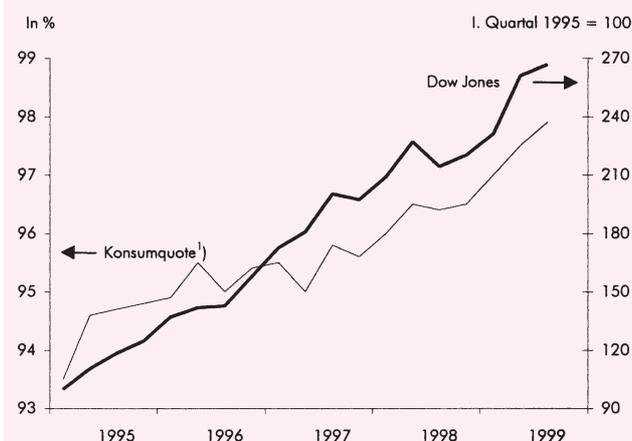
Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise ging 1999 von Südostasien und Rußland auf Lateinamerika über, die Region befindet sich in einer tiefen Rezession. Brasilien mußte im Jänner nach massiven Kapitalabflüssen den Wechselkurs freigeben und ein Unterstützungsprogramm des IMF in Anspruch nehmen. Zusammen mit dem restriktiven Kurs der Zins- und Budgetpolitik löste dies einen Einbruch von Nachfrage und Produktion aus. Die starke Abwertung des Real – die Währung verlor im 1. Halbjahr 1999 real-effektiv etwa 35% an Wert – bildet nun aber den Ausgangspunkt für eine leichte Konjunkturerholung. Argentinien versuchte hingegen, an der Koppelung des Peso an den Dollar festzuhalten. Umfangreiche Kapitalabflüsse konnten dadurch zwar verhindert werden, die dramatische Verschlechterung der Wettbewerbsposition hatte jedoch gemeinsam mit der restriktiven Fiskalpolitik eine Rezession zur Folge. Das BIP schrumpfte 1999 um mindestens 3%. Einzig Mexiko konnte einen markanten Wachstumsrückschlag verhindern. Dazu trug die gute Nachfrageentwicklung des Haupthandelspartners USA ebenso bei wie der Anstieg der Erdölpreise.

Die Lage in Lateinamerika bleibt sehr labil. Neuerliche Finanzkrisen können auch kurzfristig ausbrechen. Wesentliche Risiken bestehen neben der latenten Instabilität der Finanzmärkte in einem starken Zinsanstieg und einer markanten Wachstumsverlangsamung in den USA.

KONJUNKTURABSCHWÄCHUNG IN DEN USA MITTELFRISTIG MÖGLICH

Die Binnennachfrage erweist sich in den USA nach wie vor als ungewöhnlich kräftig. Das BIP wuchs 1999 zum vierten Mal in Folge real um etwa 4%. Der laufende Konjunkturzyklus überrascht nicht nur durch seine Länge (die letzte Rezession fand 1991 statt), sondern auch durch die hohe Dynamik von Investitionen und Arbeits-

Abbildung 1: Aktienkurse und Konsumquote in den USA

Q: Bureau of Economic Analysis, Universität Braunschweig. – ¹⁾ Private Ausgaben insgesamt in % des verfügbaren persönlichen Einkommens.

Die hohe Dynamik der Inlandsnachfrage trägt in den USA weiterhin die Konjunktur, eine rasche Abschwächung zeichnet sich vorerst nicht ab. Sie bildet den wichtigsten Bestimmungsgrund für den Rückgang der Arbeitslosigkeit sowie die Überschüsse in den öffentlichen Haushalten und hatte entscheidenden Anteil an der Stabilisierung der Weltwirtschaft. Mittelfristig wird der Anstieg der Sparquote, der mit einer Korrektur der Börsenkurse verbunden sein dürfte, das Wachstum in den USA dämpfen.

produktivität selbst in der Spätphase des Zyklus. Dies löste in den USA Diskussionen über den Übergang in eine „new economy“ aus, die nicht mehr durch Konjunkturschwankungen gekennzeichnet ist. Die „Revolution im Bereich der Kommunikationstechnologien“ wird hier als wichtiger Bestimmungsgrund angeführt. Getragen wird die starke Expansion durch das rege Wachstum der Binnennachfrage. Dieses resultiert zu einem wichtigen Teil aus dem raschen Anstieg der Aktienkurse in den letzten Jahren. Die umfangreichen, teils nicht realisierten Vermögenszuwächse veranlassen die privaten Haushalte zu einer Reduktion des Sparanteils am verfügbaren Einkommen und wachsender Ausgabenbereitschaft.

Das lebhaftes Wachstum der Binnennachfrage hat eine Reihe positiver Auswirkungen. Zum ersten ist es der wichtigste Bestimmungsgrund des „Beschäftigungswunders“ in den USA: Die Beschäftigung wuchs in den neunziger Jahren um durchschnittlich 1½% pro Jahr, die Arbeitslosenquote ging auf gut 4% (1999) zurück. Hohes Wirtschaftswachstum hat zweitens „automatisch“ eine Budgetkonsolidierung zur Folge – die öffentlichen Haushalte weisen 1999 einen markanten Überschuß auf. Schließlich stellten die USA während der Asienkrise

jene Nachfrage bereit, die ein Abgleiten der Weltwirtschaft in eine schwere Deflationskrise verhinderte. Das Leistungsbilanzdefizit der USA stieg merklich, es erreicht 1999 338 Mrd. \$ (3½% des BIP).

Trotz des langdauernden Konjunkturaufschwungs und seiner positiven Auswirkungen muß davon ausgegangen werden, daß das Wachstum in den nächsten Jahren an Dynamik verliert. Die unmittelbarste Gefahr für die Konjunktur der USA liegt in einer Korrektur der überhöhten Börsenkurse, die mit einem Anstieg der Sparquote und einem Rückgang des Konsumwachstums verbunden wäre. Eine solche Kurskorrektur könnte durch weitere Zinserhöhungen ausgelöst werden, Zeitpunkt und Ausmaß des Kursrückgangs sind allerdings nicht prognostizierbar. Zudem könnte eine aktive, gegensteuernde Geldpolitik den Konjunkturabschwung wesentlich mildern. Die gegenwärtigen Erwartungen gehen von einer Abschwächung des Wachstums aus. Eine zyklische Entwicklung der Konjunktur zählt weiterhin zu den Charakteristika von Marktwirtschaften; Länge und Variabilität des Konjunkturzyklus können jedoch durch technologische Veränderungen und eine aktive Wirtschaftspolitik erheblich beeinflußt werden.

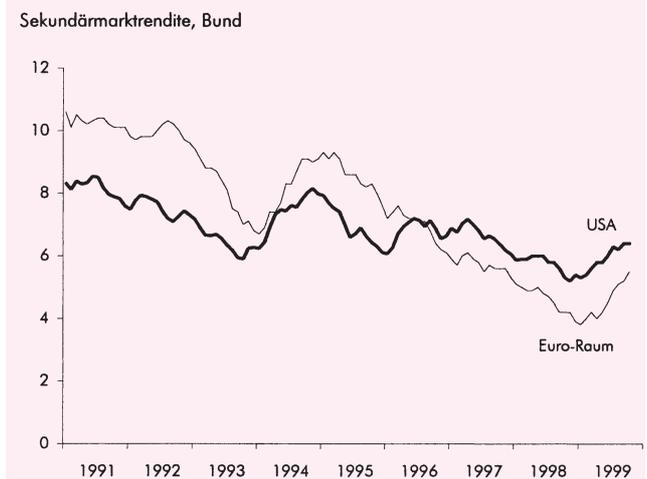
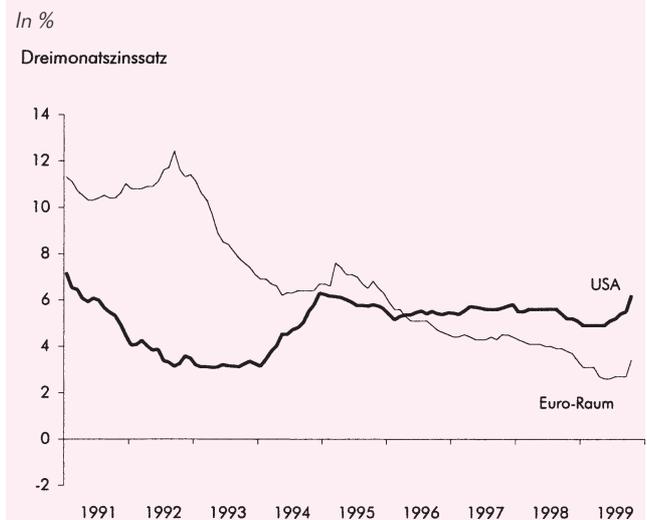
TEMPORÄRER ANSTIEG DER ERDÖL- PREISE, ZINSERHÖHUNG IN EUROPA

Die Erdölpreise haben sich im Laufe des Jahres 1999 mehr als verdoppelt, der durchschnittliche Importpreis der Industrieländer beträgt gegen Jahresende 23 \$ je Barrel. Die Gründe dieser Entwicklung liegen vor allem in den im März von der OPEC vereinbarten Produktionsbeschränkungen, die auch von anderen Förderländern eingehalten wurden. Auf der Nachfrageseite trugen die Stabilisierung in Asien und das starke Wachstum in den USA zum Preisauftrieb bei. Die Erdölherzeuger wollen die Outputdrosselung zumindest bis ins Frühjahr 2000 aufrechterhalten. Jedoch wird die Förderdisziplin umso schwieriger zu wahren sein, je länger die hohen Notierungen anhalten, sodaß im Jahresverlauf mit einem leichten Rückgang der Erdölpreise zu rechnen ist.

Die Erdölverteuerung hatte in der EU seit dem Sommer 1999 einen leichten Preisauftrieb zur Folge. Der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex war im Frühjahr in den Ländern der Währungsunion auf unter 1% gesunken und erhöhte sich zuletzt leicht auf 1¼%. Die Kerninflation (ohne Energieversorgung) beschleunigte sich jedoch nicht, die Preisstabilität blieb im Sinne der von der Europäischen Zentralbank vorgegebenen Definition (Anstieg des HVPI unter 2%) gewahrt. Da das Anziehen der Erdölnotierungen als temporäres Phänomen erachtet wird, ist keine dauerhafte Erhöhung der Inflationsrate zu erwarten.

Die Europäische Zentralbank nahm im November 1999 den Zinssenkungsschritt vom April zurück und hob ihren

Abbildung 2: Zinsentwicklung im Euro-Raum und in den USA



Q: OECD, Europäische Kommission.

Hauptrefinanzierungssatz wieder auf 3% an. Angesichts der frühen Phase der Konjunkturerholung, des Fehlens eines stärkeren Preisauftriebs und erheblicher Unsicherheiten über die Entwicklung der Geldmenge M3 erscheint dieser Schritt übertrieben. Bei steigenden Zinssätzen in den USA mag die Befürchtung einer weiteren Abschwächung des Euro-Kurses ein Beweggrund gewesen sein. Die EZB steht vor dem Problem, für 11 Mitgliedsländer mit teils sehr unterschiedlichen Wachstums- und Inflationsraten eine einheitliche Geldpolitik gestalten zu müssen. Für einige Länder – dazu zählen Irland, Spanien, Portugal, Finnland und die Niederlande – wirkt die Geldpolitik bei gegebenem Zinssatz reichlich expansiv. Hier bleiben die Fiskalpolitik und – wo die entsprechenden Institutionen vorhanden sind – die Lohnpolitik als geeignete Instrumente zur Dämpfung der regionalen Konjunktur. Hingegen ist das aktuelle Zinsniveau angesichts der Entwicklung von Produktion und Inflation vor allem für Deutschland, in geringerem Ausmaß auch für Italien, Frankreich, Belgien und Österreich überhöht.

Übersicht 3: Wirtschaftswachstum, Inflation und Leistungsbilanz in Osteuropa und der GUS

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			Leistungsbilanzsaldo		
	1998	1999	2000	2001	1998	1999	2000	1998	1999	2000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				Veränderung gegen das Vorjahr in %, real			In % des BIP		
Tschechien	- 2,3	- 0,5	+ 1,5	+ 2,3	+10,7	+ 2,5	+ 4,0	- 1,9	- 1½	- 3
Ungarn	+ 5,1	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,8	+14,3	+ 9,8	+ 8,0	- 4,8	- 5½	- 5½
Polen	+ 4,8	+ 3,5	+ 5,3	+ 5,8	+11,8	+ 8,0	+ 7,0	- 4,3	- 7	- 6½
Slowakei	+ 4,4	+ 2,0	± 0,0	+ 3,0	+ 6,7	+10,0	+10,0	-10,1	- 6½	- 4½
Slowenien	+ 3,9	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,5	+ 7,9	+ 7,0	+ 6,0	0,0	- 1	- ½
Bulgarien	+ 3,5	+ 1,0	+ 3,0	+ 3,0	+22,3	± 0,0	+ 3,0	- 2,1	- 9	- 5½
Rumänien	- 7,3	- 5,0	± 0,0	+ 2,0	+59,1	+45,0	+40,0	- 7,9	- 7	- 7
Rußland	- 4,6	± 0,0	+ 2,0	+ 2,0	+27,6	+90,0	+30,0	0,9	5½	6

Q: OECD, WIIW.

Die marktbestimmten Dreimonatszinssätze sind in jüngster Zeit merklich gestiegen. Darin spiegelt sich primär eine gewisse Unsicherheit im Zusammenhang mit dem „Jahr-2000-Problem“, die einen Anstieg der Liquiditätsnachfrage und des Zinsniveaus zur Folge hat. Seit Jahresbeginn haben sich auch die langfristigen Zinssätze um gut 1 Prozentpunkt erhöht. Dies ist vor allem auf den Abstrom von Kapital aus den „sicheren Häfen“ im Zuge der Stabilisierung in Asien zurückzuführen, geht aber auch auf Zinserhöhungen und die Erwartung einer Inflationsbeschleunigung in den USA zurück.

ERHEBLICHE WACHSTUMSUNTERSCHIEDE IN DEN TRANSFORMATIONS-LÄNDERN

Die Probleme der Reform der russischen Wirtschaft sind besonders hartnäckig, und die Entwicklung ist von zahlreichen Rückschlägen gekennzeichnet. Die tiefe Finanzkrise konnte 1999 zwar überwunden werden, ein Übergang zu einer anhaltenden wirtschaftlichen und sozialen Erholung ist aber nicht abzusehen. Die markante Rubelabwertung erleichterte die Importsubstitution durch inländische Produkte und gab so der Industrieproduktion wichtige Impulse. Der Anstieg der Erdölpreise entlastet Leistungsbilanz und Staatshaushalt. Die kurzfristigen Perspektiven sind auch für die Ukraine, Weißrußland und Rumänien wenig hoffnungsvoll.

Die baltischen Staaten litten 1999 unter der schwachen Entwicklung wichtiger osteuropäischer Exportmärkte, der EU-Binnenmarkt gewinnt aber rasch an Bedeutung als Ausfuhrdestination. In Tschechien und der Slowakei ist das Wachstum aufgrund umfangreicher Maßnahmen zur Stabilisierung des Leistungsbilanzsaldos zum Stillstand gekommen. Hingegen expandiert das BIP in Ungarn, Slowenien und Polen rasch. Das zentrale Hindernis für einen kontinuierlichen ökonomischen Aufholprozeß bildet in den ostmitteleuropäischen Transformationsländern angesichts des umfangreichen Investitions- und Konsumbedarfs das hohe Leistungsbilanzdefizit (vor allem gegenüber den EU-Ländern), das immer wieder Anlaß zu wirtschaftspolitischen Restriktionsmaßnahmen bietet.

KONJUNKTURAUFSCHWUNG IN DER EU

In Europa ist die Konjunkturdelle der Jahreswende 1998/99 überwunden. Der Export und mit ihm die Investitions- und Industriekonjunktur gewinnen an Dynamik. In jenen Ländern, in denen die Inlandsnachfrage bereits stärker expandiert, erreicht das BIP-Wachstum 3% oder mehr, und die Arbeitslosigkeit sinkt merklich.

Die europäische Wirtschaft hat die Wachstumsdelle der Jahreswende 1998/99 überwunden. Im Sommer verstärkten sich die vom Export ausgehenden Impulse zur Konjunkturerholung. Die Ausfuhr profitiert von der günstigeren Entwicklung in Asien, dem anhaltend starken Wachstum in den USA und der Schwäche des Euro, die die preisbestimmte Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Produkte auf den Weltmärkten verbessert hat. Das Geschäftsklima hat sich in der Industrie seit Jahresbeginn 1999 deutlich erholt und läßt auf eine weitere Beschleunigung des Aufschwungs der Industriekonjunktur im Jahr 2000 schließen.

In der Mehrzahl der EU-Länder bildet die Binnennachfrage schon seit 1998 eine solide Basis für die Konjunktur, sie verhinderte einen tieferen Einbruch im Zuge der Asien- und Rußlandkrise. Das Konsumentenvertrauen, das in engem Zusammenhang mit der Beschäftigungsentwicklung steht, stabilisierte sich auf einem im langjährigen Vergleich sehr hohen Niveau. Dennoch ist die Dynamik der Inlandsnachfrage in Europa nur halb so hoch wie in den USA. Auf erheblichen Spielraum für ihre weitere Ausweitung weisen auch unausgelastete Produktionskapazitäten, die hohe Arbeitslosigkeit und der Leistungsbilanzüberschuß der EU hin – er beträgt 1999 etwa ½% des BIP.

Das Wirtschaftswachstum erreicht 1999 in der EU 2%, gleichzeitig ergeben sich allerdings erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern. Die Konjunkturnachzügler sind Deutschland und Italien, dort ging das Wachstum nur wenig über 1% hinaus. Beide Länder wa-

Übersicht 4: Entwicklung des Welthandels

	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Welthandel, real	+ 5	+ 5	+ 7	+ 6¼
OECD-Länder				
Exporte	+ 5½	+ 4	+ 6¼	+ 6½
Importe	+ 7½	+ 7¼	+ 7	+ 6¼
Intra-OECD-Handel (Durchschnitt Exporte/Importe)	+ 8	+ 6	+ 6¼	+ 6½
Nicht-OECD-Länder				
Exporte	- 1½	+ 2¼	+ 8	+ 6½
Importe	+ 3¼	+ 5¼	+ 7¼	+ 5½
	Mrd. \$			
Leistungsbilanzsaldo				
Welt	- 92	-160	-187	-196
OECD-Länder ¹⁾	- 15	-193	-259	-259
USA	-221	-338	-412	-422
Japan	121	120	135	143
EU	83	28	23	37
Euro-Raum	83	50	45	57
Deutschland	- 4	- 1	3	10
Südasiatische Länder ²⁾	51	50	43	38
Sonstige Entwicklungsländer	-114	- 27	16	12
Osteuropa und GUS	- 14	10	13	13

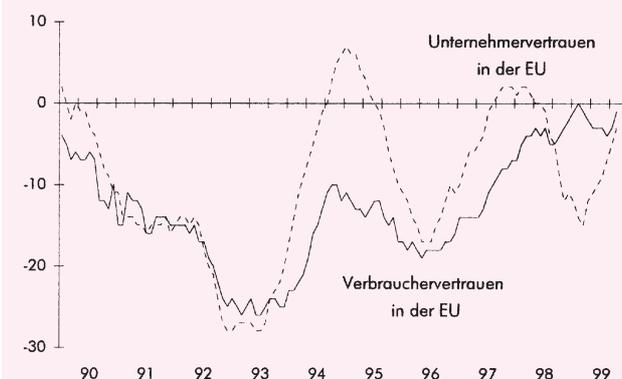
Q: OECD. – ¹⁾ Einschließlich Koreas, Mexikos, Polens, Ungarns und Tschechiens. –
²⁾ Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Taiwan, Thailand.

ren besonders von der Schwäche ihrer Exportmärkte in Übersee betroffen. Zudem entwickelt sich die Binnen- nachfrage sehr zurückhaltend. Für beide Länder bleiben – nachdem ihre Wirtschaft schon seit der Rezession 1993 um jeweils ¾ Prozentpunkte pro Jahr schwächer expandierte – die kurzfristigen Perspektiven verhalten. Die Wirtschaftspolitik bremst die Konjunktur erheblich. Die Geldpolitik der EZB ist angesichts der hartnäckigen regionalen Wachstumsschwäche zu restriktiv. In Italien verfolgt die Budgetpolitik weiterhin einen sehr restriktiven Kurs – der Primärsaldo, d. h. der Finanzierungsüberschuss unter Ausschaltung der Zinsausgaben erreicht 5% des BIP. In Deutschland tritt mit 1. Jänner 2000 – obwohl die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte 1999 bereits auf unter 2% des BIP gedrückt werden konnte – ein Sparpaket in Kraft, das Konsolidierungsmaßnahmen im Ausmaß von ¾ des BIP umfaßt. Damit wird in einer sehr frühen Phase der Aufschwung gebremst. Die Erholung des Exports kann dieser Schwächung der Inlandsnachfrage entgegenwirken. Dies schlug sich bislang zwar in einer Verbesserung des Geschäftsklimas und der Auftragseingänge, jedoch noch nicht in einer dauerhaften Produktionssteigerung nieder. Für das Jahr 2000 rechnen die aktuellen – reichlich optimistischen – Prognosen von EU-Kommission und OECD in beiden Ländern mit einer Belebung des Wachstums auf 2½%.

In Großbritannien wurden die Auswirkungen der internationalen Wachstumsabschwächung durch eine deutliche Aufwertung des Pfund, in der Folge beträchtlicher Zinserhöhungen, erheblich verstärkt. Das Wachstum kam Ende 1998 zum Stillstand, hat sich im Jahresverlauf 1999 aber wieder merklich erholt. Überdurchschnittlich expandiert die Wirtschaft der südeuropäischen Länder (mit Ausnahme Italiens), der skandinavischen Länder

Abbildung 3: Ergebnisse aus dem Konjunkturtest der EU

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen



Q: Europäische Kommission.

(mit Ausnahme Dänemarks), Irlands, der Niederlande und Frankreichs. In diesen Ländern entwickelt sich die Inlandsnachfrage merklich dynamischer. Konsumentenvertrauen und deutliche Beschäftigungsausweitungen verstärken einander wechselseitig, und die Unternehmen reagieren auf günstige Absatzerwartungen mit reger Investitionstätigkeit.

Alle internationale Institutionen rechnen in ihren Prognosen mit einer Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs in der EU in den nächsten zwei Jahren. Das Wachstum wird 2000 und 2001 jeweils bei etwa 3% liegen. Die Voraussetzungen hierfür sind angesichts der Erholung der Export- und Industriekonjunktur und der guten Verbraucherstimmung günstig. Der weitere Konjunkturverlauf hängt – in der weitgehend geschlossenen Volkswirtschaft der EU – in erster Linie von der Dynamik der Inlandsnachfrage ab.

Mit kräftigem Wirtschaftswachstum, vor allem einer Ausweitung der Binnennachfrage, ist eine Beschleunigung des Beschäftigungsanstiegs verbunden. Die Zahl der Beschäftigten stieg 1999 in der EU um etwa 1½ Mill. (+1%). Gleichzeitig weiteten die Mitgliedsländer im Zuge der Umsetzung der „Leitlinien für die Beschäftigungspolitik“ ihre aktive Arbeitsmarktpolitik aus. Konjunkturbedingte Beschäftigungszuwächse und wirtschaftspolitisch gesteuerte angebotsseitige Maßnahmen hatten einen Rückgang der Arbeitslosigkeit zur Folge. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote betrug in der EU 1999 9¼% und war damit um ¾ Prozentpunkte niedriger als ein Jahr zuvor. Unter gegebener Konjunkturperspektive wird sich der langsame Rückgang der Arbeitslosenquote fortsetzen; bis 2001 kann dann eine Quote von 8½% erreicht werden, das entspräche dem Niveau des Jahres 1991.

Einige Länder erzielten seit der Rezession 1993 eine besonders deutliche Verringerung der Arbeitslosigkeit. In Dänemark und Irland halbierte sich die Arbeitslosen-

Übersicht 5: Entwicklung der Weltmarktrohstoffpreise

HWWA-Index

	Gewicht In %	1997	1998	1999	2000
		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Insgesamt	100,0	- 2	-22	+12	+13
Ohne Rohöl	39,5	+ 1	-13	- 8	+ 7
Nahrungs- und Genußmittel	10,0	+ 6	-12	-19	± 0
Getreide	2,1	-21	-11	- 9	+ 4
Ölsaaten, Öle	2,0	- 1	-13	-18	+ 7
Genußmittel, Zucker	5,9	+20	-12	-22	- 4
Industrierohstoffe	29,5	- 2	-15	- 2	+10
Agrarische Industrierohstoffe	16,9	- 4	-14	± 0	+11
NE-Metalle	9,0	+ 2	-21	+ 1	+15
Eisenerz, Schrott	3,7	± 0	- 1	-13	± 0
Energierohstoffe	60,5	- 4	-29	+31	+16
Kohle	5,0	- 2	- 9	-10	+ 2
Rohöl	55,5	- 4	-31	+36	+17

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg.

quote; auch Großbritannien, Spanien, Schweden, Finnland und die Niederlande wiesen – bei teils differierendem Konjunkturverlauf, unter dem Einsatz von sehr unterschiedlichen Maßnahmen und von zum Teil sehr hohem Niveau ausgehend – einen merklichen Rückgang auf. Nur in Deutschland und Italien stieg die Arbeitslosigkeit seit 1993 deutlich.

ERFOLGREICHER POLICY-MIX ZUR BEKÄMPFUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT IN FRANKREICH

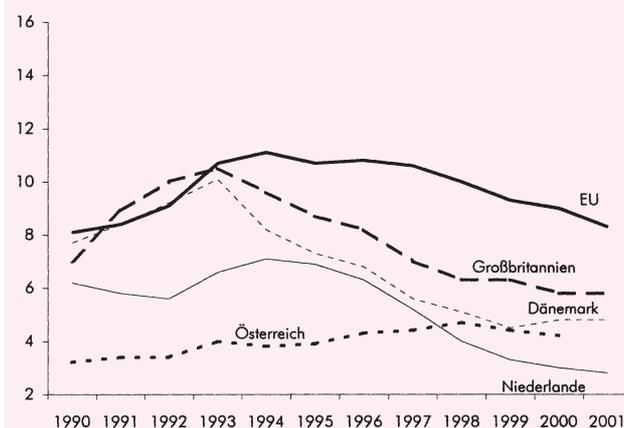
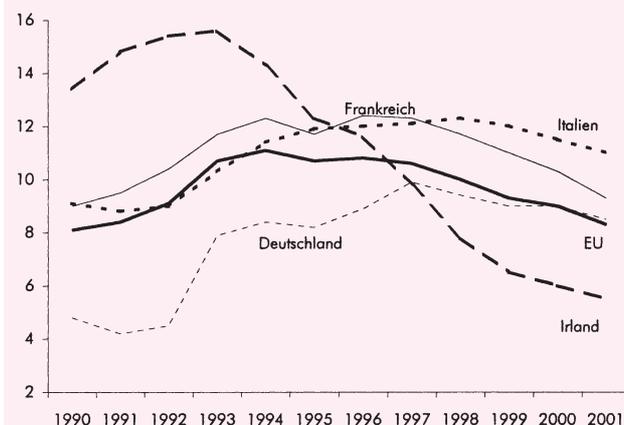
Frankreich versucht mit einer Kombination aus expansiver Wachstumspolitik, gesetzlicher Arbeitszeitverkürzung und Jugendbeschäftigungsprogrammen der hohen Arbeitslosigkeit zu begegnen. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist vor allem in Relation zu jener Deutschlands beeindruckend.

In Frankreich rückte nach dem Regierungswechsel 1997 die Beschäftigungspolitik in den Mittelpunkt der wirtschafts- und sozialpolitischen Anstrengungen. Das Ausgangsniveau der Arbeitslosenquote lag mit 12¼% um mehr als 2 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt. Die französische Regierung betont gegenüber den beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU-Kommission, die sich auf Strukturverbesserungen auf dem Arbeitsmarkt konzentrieren, den makroökonomischen Zugang zur Beschäftigungspolitik und das Instrument der Arbeitszeitverkürzung.

Dazu wurde eine aktive Politik zur Förderung des Wirtschaftswachstums eingeschlagen. Das Wachstum liegt gemäß den Prognosen der EU 1998/2001 um gut ¼ Prozentpunkt pro Jahr über dem EU-Durchschnitt und

Abbildung 4: Die Arbeitslosenquote im europäischen Vergleich

In % der Erwerbspersonen



Q: Europäische Kommission.

um fast 1 Prozentpunkt über jenem Deutschlands. Überdurchschnittlich entwickelt sich in Frankreich vor allem die Konsum- und Baunachfrage. Dank der regen Inlandsnachfrage bewältigte Frankreich nicht nur die Konjunkturdelle 1998/99 besser als Deutschland, sondern verzeichnet auch eine markante Beschäftigungsausweitung.

Die Verringerung der öffentlichen Neuverschuldung auf 3% des BIP – Voraussetzung für den Eintritt in die Währungsunion – wurde 1997 punktgenau erfüllt. Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte verbesserte sich infolge der günstigen Konjunktur (auf 2% des BIP 1999), außer einer Erhöhung der Unternehmensteuern und umfangreicher Privatisierungsmaßnahmen wurden jedoch keine weiteren Konsolidierungsschritte gesetzt.

Ein weiteres Element der an der Förderung der Inlandsnachfrage orientierten Politik bilden Umverteilungsmaßnahmen zugunsten der unteren Einkommenschichten, die eine überdurchschnittliche Konsumneigung aufweisen. Der gesetzliche Mindestlohn SMIC, der für Vollzeitbeschäftigte etwa 6.300 FF beträgt, wurde mit 1. Juli 1997 einmalig um 4,4% angehoben, dann folgten jähr-

Übersicht 6: Arbeitslosenquote und Inflation

	Arbeitslosenquote ¹⁾					Verbraucherpreise ²⁾		
	1998	1999	2000	2001	1998	1999	2000	2001
	In % der Erwerbspersonen					Veränderung gegen das Vorjahr in %		
OECD insgesamt ³⁾	6,8	6,5	6,3	6,0	+ 3,6	+ 3,3	+ 3,5	+ 6,8
USA	4,5	4,3	4,3	4,5	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,5
Japan	4,1	4,8	4,8	4,8	+ 0,6	- 0,3	+ 0,3	+ 0,8
Kanada	8,3	7,8	7,8	7,8	+ 1,0	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,0
Australien	8,0	7,3	7,0	6,5	+ 0,9	+ 1,5	+ 4,0	+ 3,5
Neuseeland	7,5	7,0	6,5	6,0	+ 1,3	± 0,0	+ 1,0	+ 0,5
Korea	6,8	6,5	6,0	5,5	+ 4,4	+ 5,5	+ 6,5	+ 7,5
Mexiko	3,2	2,8	2,8	2,8	+15,9	+18,0	+12,0	+15,0
Türkei	6,3	6,5	6,0	6,3	+84,6	+65,0	+50,0	+25,0
Schweiz	3,8	2,8	2,5	2,3	± 0,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0
Norwegen	3,2	3,3	3,8	4,0	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,8
Island	2,9	2,5	2,0	2,5	+ 1,7	+ 3,0	+ 5,0	+ 5,5
Polen	10,6	11,5	10,8	10,3	+11,8	+ 8,0	+ 7,0	
Ungarn	8,0	7,0	7,0	6,8	+14,3	+ 9,8	+ 8,0	
Tschechien	6,5	9,0	10,0	11,0	+10,7	+ 2,5	+ 4,0	
EU	10,0	9,3	9,0	8,5	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,8
Euro-Raum	10,9	10,0	9,8	9,0	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,5
Deutschland	9,4	9,0	9,0	8,5	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,5
Frankreich	11,7	11,0	10,3	9,3	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,3
Italien	12,3	12,0	11,5	11,0	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,5
Spanien	18,8	15,8	14,0	12,8	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0
Niederlande	4,0	3,3	3,0	2,8	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,5
Belgien	9,5	9,0	8,8	8,8	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5
Österreich	4,7	4,4	4,2		+ 0,9	+ 0,6	+ 1,2	
Portugal	5,1	4,8	4,5	4,5	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,3
Finnland	11,4	10,3	9,0	8,5	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,5
Irland	7,8	6,5	6,0	5,5	+ 2,4	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,3
Luxemburg	2,8	2,8	2,5	2,5	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,3
Großbritannien	6,3	6,3	5,8	5,8	+ 3,4	+ 1,8	+ 2,0	+ 3,0
Schweden	8,3	7,3	6,5	6,0	- 0,1	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,8
Dänemark	5,1	4,5	4,8	4,8	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,0
Griechenland	9,6	6,5	9,0	8,8	+ 4,8	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,0

Q: OECD, WIIW, nationale und WIFO-Schätzungen.

liche Anpassungen. Einige Sozialtransfers, darunter die Beihilfe für Schulanfänger, wurden kräftig erhöht.

Die Einführung der 35-Stunden-Arbeitswoche ist ein weiterer Beitrag zur aktiven Beschäftigungspolitik. Mit einem

Grundsatzgesetz 1998 („Loi Aubry“) und einem Ausführungsgesetz 1999 wurden die Schritte zur gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung festgehalten. Mit 1. Jänner 2000 tritt die 35-Stunden-Woche für Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten in Kraft, zwei Jahre später für Unterneh-

Übersicht 7: Ausgewählte Kennzahlen für Frankreich und Deutschland

Prognose der Europäischen Kommission

	Frankreich					Deutschland					Frankreich	Deutschland
	1997	1998	1999	2000	2001	1997	1998	1999	2000	2001	Ø 1999/2000	
	In % der Erwerbspersonen											
Arbeitsmarkt												
Arbeitslosenquote	12,5	11,7	11	10,5	9,8	9,9	9,4	9,0	8,6	8,0	10,4	8,5
Jugendarbeitslosenquote ¹⁾	29,1					10,3						
Erwerbstätige	Vorjahresveränderung in %											
	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	- 0,8	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,3	+ 0,3
	Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Nachfrage, real zu Preisen 1995												
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,0	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,0	+ 1,5	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,3
Privater Konsum	+ 0,2	+ 3,4	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,6	+ 0,7	+ 2,3	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,1
Öffentlicher Konsum	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	- 1,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,5	+ 5,7	+ 6,1	+ 5,6	+ 5,0	+ 0,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 3,7	+ 3,2	+ 5,6	+ 3,2
Bauinvestitionen	- 2,9	+ 1,4	+ 5,5	+ 4,2	+ 3,3	- 1,4	- 3,9	- 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 4,3	+ 0,4
Ausstattungsinvestitionen	+ 3,7	+ 9,9	+ 6,7	+ 6,9	+ 6,4	+ 3,4	+ 9,2	+ 6,8	+ 6,1	+ 5,3	+ 6,7	+ 6,1
Inflation												
Verbraucherpreise	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0
	In % des BIP											
Staatshaushalt												
Finanzierungssaldo	- 3,0	- 2,7	- 2,1	- 1,7	- 1,4	- 2,6	- 1,7	- 1,6	- 1,2	- 1,0	- 1,7	- 1,3
Strukturelles Defizit	- 2,1	- 2,2	- 1,8	- 1,7	- 1,6	- 2,1	- 1,3	- 1,0	- 0,9	- 1,0	- 1,7	- 1,0
Staatsausgaben	53,5	52,7	52,4	51,4	50,6	48,6	47,7	48,1	47,3	46,3	51,5	47,2

Q: Europäische Kommission. - ¹⁾ 15 bis 24 Jahre.

men mit weniger als 20 Beschäftigten. Gleichzeitig wurde die Jahresarbeitszeit mit 1.600 Stunden (plus 130 zuschlagspflichtige Überstunden) begrenzt. Das Arbeitszeitverkürzungsgesetz aus dem Jahr 1998 sah für jene Unternehmen, die ihre Arbeitszeit im Zuge einer freiwilligen Vereinbarung mit den Arbeitnehmern auf Betriebs- oder Branchenebene vorzeitig auf 35 Stunden pro Woche verkürzten und zusätzliche Arbeitskräfte einstellten, Beschäftigungssubventionen vor. Bis September 1999 wurden 15.000 solche Abkommen auf betrieblicher Ebene geschlossen, sie betrafen 2 Mill. Beschäftigte. Arbeitszeitverkürzungen haben Auswirkungen auf Beschäftigung und Produktivität. Die konkreten Effekte des Übergangs zur 35-Stunden-Arbeitswoche in Frankreich können erst nach vollständiger Umsetzung der Maßnahmen beurteilt werden.

In Frankreich bildet die Jugendarbeitslosigkeit ein besonderes Problem. Die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-jährigen beträgt etwa 30%. Die Regierung versucht dem mit dem Programm „Neue Dienstleistungen, neue Arbeitsplätze“ entgegenzuwirken. In den Bereichen Erziehung und Bildung, Sicherheit sowie Gesundheit, soziale Dienste, Sport, Kultur und Umwelt sollen durch kommunale Gebietskörperschaften und Non-profit-Unternehmen bis zum Jahr 2000 350.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese werden auf die Dauer von fünf Jahren mit arbeitslosen Jugendlichen besetzt. Der öffentliche Sektor stellt umfangreiche Beschäftigungssubventionen (80% des SMIC und die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) zur Verfügung.

Recovery of the World Economy, Decline of Unemployment in Europe – Summary

The outlook for the world economy has brightened noticeably. The situation in Asia, Russia and Latin America remains unstable, but economic growth continues at a high level, at least for the time being, in the USA, and the economic recovery is gaining momentum in Europe. If the forces stimulating domestic demand gain further strength, a clear improvement of the labour market situation is to be expected.

After the financial and economic crises of the recent past, the fundamentals of the world economy have improved considerably. Dynamic export growth and higher public spending resulted in a recovery of production and demand in Asia; on this basis, the growth forecasts of the OECD and the IMF were revised upwards – some even by a considerable margin. However, a number of important sources of danger persist, besides the social problems caused by the recession. The appreciation of the yen might easily jeopardise the beginning recovery of the Japanese economy, which in turn would have a negative impact on the entire region. In the banking sector of Japan and, above all, South-East Asia, profound structural problems remain unsolved, as is illustrated by the large number of non-performing loans.

Latin America is in a recession. Brazil, which has just devalued its currency, and Argentina, which is paying a high price in economic terms for the maintenance of a fixed exchange rate against the dollar, are equally affected. In Russia the economic and social outlook remains gloomy in view of the multitude of institutional problems confronting the country, but the 1998 devaluation of the rouble and the oil price increases have had a positive impact on production, the balance on current account, and the public budget. Central and Eastern Europe has a high growth potential, but for the economies in transition the process of catching up with

the West is being interrupted by restrictive measures of monetary and budget policy intended to reduce their high current account deficits.

In the USA, domestic demand is not showing any signs of weakening. For the fourth consecutive year, real economic growth is close to 4 percent in 1999; as a result, unemployment is declining and public budget surpluses are growing. However, assuming a correction of overheated stock prices, the very low savings ratio is expected to return to its long-term average in the coming years, which in turn will result in a noticeable slowdown of consumer demand.

The Asian crisis having been overcome, almost all EU countries experienced an economic upswing, which was supported, above all, by lively demand from the USA and the weakness of the euro. Exports and industrial production have been gaining momentum. Germany and Italy, whose economic policies do not permit a fast recovery of demand, are lagging behind. The most recent decision by the ECB to increase interest rates came as a surprise in view of the early phase of the cyclical upswing and the persistent price stability; in Germany, in particular, it is too restrictive. At the same time, domestic demand is rising fast in France, Spain and most of the smaller EU countries. Economic growth in the EU is expected to increase from 2 percent in real terms in 1999 to about 3 percent in the coming two years. A steeper rise of demand for consumer and capital goods will result in accelerated employment growth. Together with other labour-market policies adopted within the framework of implementation of the European Employment Policy Guidelines, this is expected to reduce the level of unemployment substantially. Thus, the unemployment rate might drop to 8.5 percent in 2001 in the European Union.

Über eine Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung im Niedriglohnbereich wird versucht, zusätzliche Beschäftigung für Geringqualifizierte zu schaffen. Für Arbeitsplätze mit einer Entlohnung auf SMIC-Niveau bedeutet dies eine Dämpfung der Arbeitskosten um 12%. Zudem reduzieren sich die Arbeitskosten generell durch die Abschaffung der „taxe professionnelle“ (einer Lohnsummensteuer) um etwa 2%. Diese Maßnahme erleichtert auch die Verhandlungen über das Ausmaß des Lohnausgleichs im Rahmen der Arbeitszeitverkürzung. Für jeden neu geschaffenen Arbeitsplatz können die Unternehmen in den Jahren 1998/2000 zudem einen Beschäftigungsabsetzbetrag von 10.000 FF in Anspruch nehmen.

Die französische Regierung setzt eine Vielzahl unterschiedlicher Instrumente ein, um der hohen Arbeitslosigkeit zu begegnen. Angesichts des engen Zusammen-

hangs zwischen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum spielt die günstige Stimmung bei Unternehmen und Verbrauchern eine wichtige Rolle für den Erfolg dieser Politik. Der starken makroökonomischen Komponente der französischen Beschäftigungspolitik kommt auch in den Diskussionen innerhalb der EU große Bedeutung zu. Wieweit die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit merkliche Beschäftigungseffekte haben wird, hängt von der konkreten Umsetzung auf Betriebs- und Branchenebene ab. Kritisch zu bewerten sind die sehr umfangreichen öffentlichen Subventionen für neugeschaffene Arbeitsplätze. Die Erfahrungen zeigen, daß hier oft Mitnahmeeffekte auftreten und die Kosten für die öffentlichen Haushalte sehr hoch sind. Die vorliegenden Prognosen lassen die beschäftigungspolitischen Anstrengungen insgesamt jedoch als erfolgversprechend erscheinen. Die Arbeitslosenquote könnte bis 2001 auf 9½% zurückgehen.